



Bundesamt für Landwirtschaft
Office fédéral de l'agriculture
Ufficio federale dell'agricoltura
Uffizi federal d'agricultura

DEZA DIREKTION FÜR ENTWICKLUNG UND ZUSAMMENARBEIT
DDC DIRECTION DU DÉVELOPPEMENT ET DE LA COOPÉRATION
DSC DIREZIONE DELLO SVILUPPO E DELLA COOPERAZIONE
SDC SWISS AGENCY FOR DEVELOPMENT AND COOPERATION
COSUDE AGENCIA SUIZA PARA EL DESARROLLO Y LA COOPERACION



Berner Fachhochschule

Schweizerische Hochschule
für Landwirtschaft
Haute école suisse d'agronomie

Symposium: „Ohne Wasser keine Nahrung“

Dienstag, 14. Oktober 2003, 09.00 Uhr,
Schweizerische Hochschule für Landwirtschaft, Zollikofen

Wasser – eine entwicklungspolitische Herausforderung

Rosmarie Bär, Koordinatorin für Entwicklungspolitik, Arbeitsgemeinschaft Swissaid /
Fastenopfer / Brot für alle / Helvetas / Caritas / Heks

Es gilt das gesprochene Wort



Arbeitsgemeinschaft
Swissaid • Fastenopfer
Brot für alle • Helvetas
Caritas • Heks

Entwicklungspolitik

Monbijoustrasse 31 • Postfach • CH-3001 Bern
Tel. +41 31 390 93 32 • Fax +41 31 390 93 31
rbaer@swisscoalition.ch • www.swisscoalition.ch

**Symposium „Ohne Wasser keine Nahrung“
14. Oktober 2003
Zollikofen, Hochschule für Landwirtschaft**

Wasser – eine entwicklungspolitische Herausforderung

Rosmarie Bär, Koordinatorin für Entwicklungspolitik

Es gilt das gesprochene Wort

Eigentlich ist der Titel meines Vortrages falsch. Zumindest ist er stark untertrieben. Wasser ist mehr als eine entwicklungspolitische Herausforderung.

Wasser ist zur globalen Schicksalsfrage geworden. Wer heute über die Zukunft der Menschheit spricht, kommt am Wasser nicht vorbei. Denn niemand kommt an der Wahrheit vorbei, dass Wasser Leben heisst. Wer über Wasser spricht, muss über Politik sprechen. Aber nicht „bloss“ über die klassische Entwicklungspolitik. Wasserpolitik ist ebenso sehr verknüpft mit Boden – und Landwirtschaftspolitik, Handels- und Wirtschaftspolitik, Energie- und Umweltpolitik, Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungspolitik. Vor allem aber ist Wasserpolitik Menschenrechtspolitik. Damit sei gleich zu Beginn klar gemacht: Der Wasserkrise ist nicht eine Aufgabe für Planer und Ingenieure allein. Ihr kann nicht einfach mit technischen Massnahmen und mehr Effizienz begegnet werden. Es braucht das Primat der Politik. Es braucht vor allem den politischen Willen zum Handeln. Der Kampf um eine nachhaltige Wasserpolitik ist zugleich ein Kampf um gesellschaftliche Veränderungen und soziale Gerechtigkeit.

Als die UN-Generalversammlung das Jahr 2003 zum internationalen Jahr des Süsswassers erklärte, mahnte Generalsekretär Kofi Annan: „Die globale Wasserkrise ist zur grossen Herausforderung für die internationale Gemeinschaft geworden“, Wasser ist das zentrale Problem des 21. Jahrhunderts.“ Die UN-Umweltbehörde doppelte nach: „Die Süsswasserkrise hat die gleichen Dimensionen und das gleiche Bedrohungspotential wie die Klimaveränderung.“ Im April dieses Jahres wurde von der UNO erstmals ein umfassender Weltwasserbericht veröffentlicht. Hier wurde deutlich benannt, wo die Hauptursache der Krise liegt: „Angesichts der Untätigkeit der Politik wird in zahlreichen Regionen der Welt das Wasser in bisher ungeahntem Ausmass knapp“.

Es wäre wohl Wasser in die Aare getragen, wenn ich Fachleuten wie Ihnen mit detaillierten Zahlen und Fakten die Wasserkrise beweisen würde. Wir wissen es alle. Zu zweifeln gibt es nichts: Um die Grundlage des Lebens steht es schlecht.

Die globalen Wasservorräte werden knapper. Die Zahl der Länder mit gravierenden Wasserproblemen nimmt rasant zu. Zunehmender Verbrauch und Verschmutzung und eine ungeheure Verschwendung sind die Hauptursachen. Auch das Wachsen der Weltbevölkerung steigert den Bedarf. Der Verbrauch ist aber von der Bevölkerungsentwicklung längst abgekoppelt.

Wie ungleich das Wasser verteilt ist und wie gewaltig die Unterschiede im Pro-Kopf-Verbrauch sind, sollten wir bei unserer Arbeit und unseren Entscheidungen immer wieder vor Augen haben: 1.4 Milliarden Menschen haben keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser. Sie leben vorwiegend in Afrika, Asien, Lateinamerika. In der Schweiz steht Wasser für jede Nutzung in Trinkwasserqualität und im Überfluss zur Verfügung. Jede und jeder von uns verbraucht täglich im Schnitt 160 Liter Wasser (zu 26Rp). Die Menschen südlich der Sahara dagegen haben pro Tag für Waschen, Trinken, Kochen nicht einmal 20 Liter zur Verfügung. Das heisst bei uns zweimal WC-Spülen. In Südkalifornien mit seinen riesigen Gartenanlagen, Swimmingpools und Golfplätzen liegt der Tagesverbrauch bei 3000 Litern/Kopf. 50 Liter ist nach Weltgesundheitsorganisation der minimale Tagesbedarf eines Menschen, damit er ein einigermaßen würdiges Leben führen kann.

3 Mia Menschen haben keinen Zugang zu den einfachsten sanitären Einrichtungen. Täglich sterben 8000 Kleinkinder an den Folgen von verschmutztem Wasser. Nicht vergessen dürfen wir die 841 Mio. Menschen, die in einer Welt des Überflusses an Hunger und Unterernährung leiden. Ihr Schicksal ist kaum mehr eine Schlagzeile wert. Es hat aber mit dem heutigen Tagungsthema zu tun. Wasser und Brot gehören zusammen. Das war von jeher so.

In Worten, statt in Zahlen zusammengefasst: Wo Wasser fehlt, nehmen Hunger, Armut, Elend und Krankheiten zu, breiten sich Wüsten aus. Menschen migrieren, Menschen müssen flüchten. Soziale Unruhen, Konflikte und Kriegsgefahr um die Wassernutzung nehmen zu. Kofi Annan hat es zu Beginn des Wasserjahres klar formuliert: „*Kein Wasser – keine Zukunft*“.

Die UNO hat zur Lösung der globalen Wasserkrise sogenannte Millenniumsziele festgelegt: Bis zum Jahre 2015 soll der Anteil der Menschen, die keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser haben (1.4 Mia), halbiert werden. Der UN Gipfel für Nachhaltige Entwicklung vom letzten Jahr in Johannesburg hat dieses Ziel in den Aktionsplan aufgenommen. Zusätzlich wurde festgeschrieben, der Anteil der Menschen ohne einfachste sanitäre Einrichtungen (3 Mia) müsse ebenfalls halbiert werden. Ganz oben auf der Skala der UN-Millenniumsziele und des Aktionsplanes von Johannesburg steht die Armutsbekämpfung. Armutsbekämpfung beginnt mit Ernährungssicherheit. Ernährungssicherheit braucht Wasser. Zugang zu Wasser zu haben, ist ein wesentlicher Beitrag, den Teufelskreis der Armut zu durchbrechen. Eine erste Kurskorrektur ist deshalb bei der Landwirtschaftspolitik einzuleiten.

Wir wissen es: der Löwenanteil des Wassers geht heute in die Landwirtschaft. Über 70 Prozent – in Entwicklungsländern über 80 Prozent – des von Menschen genutzten Wassers fliessen in die Nahrungsmittelproduktion. Bereits heute basieren 40 Prozent der weltweiten Lebensmittelproduktion auf künstlicher Bewässerung. Pünktlich zum Jahr des Wassers hat die FAO denn auch auf die Bedeutung der Bewässerungslandwirtschaft für die Ernährungssicherung hingewiesen.

Nur, der Grossteil der Produkte aus der Bewässerungslandwirtschaft steht nicht zur Ernährung der einheimischen Bevölkerung zur Verfügung. Bewässert werden vor allem Exportmonokulturen wie Baumwolle, Soja, Obst und Gemüse und Blu-

menplantagen. Auch das Getreide ist kaum noch Grundnahrungsmittel, sondern grösstenteils für den Export bestimmtes Viehfutter. Wir kennen die Folgen. Versalzene Böden, Bodenerosion, abnehmende Fruchtbarkeit, mit Pestiziden verseuchtes Grundwasser.

Kurskorrektur heisst hier: Vermehrt investieren in kleinbäuerliche Strukturen und in den traditionellen „Regenfeldbau“. Er gilt zu Unrecht als rückständig. In vielen Ländern wachsen die Grundnahrungsmittel für die einheimische Bevölkerung im Regenfeldbau und auf marginalen Böden. Über Jahrhunderte hinweg haben die Bäuerinnen und Bauern eindruckliche Anpassungsleistungen ihrer Landnutzung an die widrigen natürlichen Bedingungen erbracht. Sie sehen sich heute vom Bewässerungssektor konkurrenziert und verdrängt. Wer Hunger und Armut erfolgreich bekämpfen will, darf nicht bloss in die Hohertragsgebiete und in ihre High-Tech-Bewässerungssysteme investieren. Nachhaltiges Wassermanagement in der Landwirtschaft muss sich in Zukunft an der Vielfalt traditioneller, kleinräumiger und kostengünstiger Bewässerungstechniken orientieren. Jede Tonne Nahrung, die zusätzlich im Regenfeldbau produziert wird, spart 1000 Tonnen Bewässerungswasser. Einheimische Artenvielfalt, ökologischer Landbau brauchen weniger Wasser als standortfremde Pflanzen. In den Entwicklungsländern müssen Kleinbäuerinnen und Kleinbauern bei der «Wasserpolitik» mitentscheiden können.

Die Landwirtschaft ist nicht bloss die grösste Wasserverbraucherin, sie ist auch eine grosse Wasserverschwenderin. Bewässerungslandwirtschaft bedeutet oftmals Ineffizienz und Verschwendung. 60 Prozent des Wassers erreichen die Pflanzen nie. Defekte Bewässerungssysteme, veraltete Leitungsnetze und nicht angepasste Technologie lassen das Wasser ungenutzt verdunsten und versickern. Immer stärkere Förderpumpen kommen zum Einsatz. In grossen Tiefen wird fossiles Grundwasser ausgebeutet, das sich nicht regeneriert. Auf diese Weise hat z.B. Saudi-Arabien in der Wüste Weizen angepflanzt. Die Quellen werden längerfristig versiegen. Damit dreht sich der Teufelskreis Hunger – Armut – Migration weiter. Am Anfang steht deshalb der politische Entscheid, wieder vermehrt in die ländliche Entwicklung zu investieren. Vergessen wir nicht: 75 Prozent der Menschen, die keinen Zugang zu Wasser haben, die hungern und arm sind, leben auf dem Lande.

Von der Landwirtschaft zur internationalen Wirtschafts- und Handelspolitik ist ein kurzer Weg. Viele Entwicklungsländer kritisieren zu Recht, dass sie gedrängt wurden, Plantagewirtschaft zu betreiben, um Produkte für den Weltmarkt zu produzieren. Damit mussten Devisen für die Schuldentilgung erwirtschaftet werden. Jetzt wird ihnen vorgeworfen, sie verschwendeten zuviel Wasser für diese Form der Landwirtschaft. Die Intensivlandwirtschaft führt aber auch zu innenpolitischen Wasserkonflikten, nicht bloss in Entwicklungsländern. So demonstrierten Hunderttausende in Spanien gegen den Bau eines gigantischen Fernleitungsnetzes, mit dem ihr Wasser aus dem Ebrofluss im Norden des Landes nach dem fernen Andalusien geleitet werden soll. Gebraucht wird es dort für die Intensivlandwirtschaft, aus der z.B. die Tomaten und Gurken kommen, die bei uns im Dezember verkauft werden. Die Arbeiter in diesen Plantagen sind zum grossen Teil aus Marokko migriert. Sie lebten zu Hause in Armut und Perspektivlosigkeit, nicht zuletzt wegen Wassermangel. In Andalusien sind sie in schäbigen Hütten untergebracht, ohne Wasser. Das nennt man Teufelskreis.

Zusätzlich beschleunigt wurde diese Fehlentwicklung durch subventionierte Nahrungsmittel aus der Überschussproduktion der Industriestaaten, die auf die Märkte der Entwicklungsländer geworfen werden. Sie zerstören damit die Existenz der

einheimischen Bauern. Kurskorrektur heisst hier faire Handelsregeln innerhalb der WTO. Sie würden zu mehr Wochenmarkt in den Entwicklungsländern, statt zu mehr Weltmarkt in den Industriestaaten führen. Nachhaltigere Wassernutzung, weniger Armut und erhöhte Ernährungssicherheit wären die Folgen.

Die globale Wasserkrise hat viel mit der globalen Klimaveränderung zu tun. Auch dafür müssen die Industriestaaten die Hauptverantwortung übernehmen. 80 Prozent des zu hohen CO₂-Ausstosses in die Atmosphäre geht auf ihr Konto. Besonders betroffen von den Folgen sind die Länder, die am wenigsten zur Verursachung beigetragen haben. Die Klimaveränderung bringt den Wasserkreislauf aus dem Gleichgewicht und macht heute bereits 20 Prozent der Wasserprobleme aus. Sie wird in Zukunft die Verteilung und Nutzung von Wasservorkommen weiter beeinträchtigen. Die Wasserknappheit wird sich insbesondere in den Staaten des Mittleren Ostens auswirken, wo es schon heute Konflikte um die Wassernutzung gibt. Auf dem indischen Subkontinent, im südlichen Afrika und grossen Teilen Südafrikas rechnet man mit der Austrocknung von grossen Flüssen. Dass die extremen Situationen wie Dürren und Sintflutregenfälle zunehmen und die Lebensgrundlagen zerstören, wurde uns jüngst auch in der Schweiz vor Augen geführt. Während im einen Sommer wütende Wassermassen innert Minuten ein ganzes Dorf wie Gondo verwüsteten, bringt dieses Jahr die extreme Trockenheit den Bauern grosse Ernteauffälle. Sie erfuhren zudem hautnah, wie rasch Verteilprobleme um knappes Wasser akut werden. Die Bauern im Kanton Bern z.B. durften den Bächen kein Wasser mehr entnehmen zur Bewässerung ihrer Felder, weil Fischerei und Gewässerökologie gefährdet wurden. Kurskorrektur heisst hier: Kyoto-Protokoll weltweit raschmöglichst umsetzen. In der Schweiz ebenso rasch die CO₂-Abgabe einführen und Umstellen auf erneuerbare Energien.

Die Wasserkrise beinhaltet einen nicht zu unterschätzenden Gleichstellungsaspekt zwischen Mann und Frau. Wasser schleppen ist in den Entwicklungsländern Aufgabe von Frauen und Kindern. Frauen sind die Wasserträgerinnen der Welt. Auf stundenlangen Fussmärschen schleppen sie für ihre Familie Tag für Tag bis zu 60 Liter Wasser nach Hause. Etwa ein Drittel ihrer Lebenszeit hat eine 65-jährige Frau im trockenen Nordosten Brasiliens mit Wasserholen verbracht. Chronische Gesundheitsprobleme rühren vom Schleppen dieser schweren Bürde her. Schule und Bildung, und damit Entwicklung und wirtschaftliche Eigenständigkeit, haben nach einem solchen Aufwand an Energie und Zeit keinen Platz mehr. Während Frauen Wasserträgerinnen sind, sind Männer Entscheidungsträger. Es sind die Männer, die in den Wasserbehörden sitzen und entscheiden über die Pumpen, über den Standort der Brunnen und über die Verteilung des Wassers. Frauen sind aber auch Ernährerinnen der Welt. Weltweit produzieren Frauen mehr als die Hälfte aller Nahrungsmittel, in Afrika 80 Prozent. Ihre Rolle als Verantwortliche für die ganze Nahrungskette steht in krassem Gegensatz zu ihrer Rechtlosigkeit beim Erwerb und Besitz von Land, bei der Vergabe von Krediten, Saatgut und technischer Hilfe. Der gleichberechtigte Zugang der Frauen zu Wasser und Boden sind Schlüsselfaktoren im Kampf gegen Armut und Hunger. Die Gleichstellung der Geschlechter zählt zu den Millenniumszielen der Staatengemeinschaft. Daran haben sich internationale Organisationen, Entwicklungsagenturen und Regierungen bei ihrer Arbeit konsequent zu orientieren.

„Die globale Wasserkrise dürfte es nicht geben, sie ist ein Skandal.“ Dieser Satz stammt vom Direktor der UNESCO. Es gibt die Wasserkrise, weil hüben und drüben vor allem der politische Wille zum Handeln fehlt. Dies zeigt sich mit aller Deutlichkeit, wenn wir uns zwischendurch in Erinnerung rufen, was die Staatengemeinschaft an der ersten grossen UNO-Wasserkonferenz im Jahre 1977 festgehalten

hat: „Jeder Mensch hat das gleiche Recht auf Trinkwasser in ausreichender Qualität und Quantität für seine Bedürfnisse.“ Es folgte das Versprechen, „dass bis zum Jahre 2000 alle Menschen auf dieser Erde Zugang zu sauberem Trinkwasser haben“.

Geldmangel steht weit oben auf der Argumentenliste, weshalb Milliarden von Menschen weiterhin in unwürdigen Verhältnissen und ohne Wasser leben müssen. Bis zu 180 Mia US-Dollar jährlich brauche es, verkündete die Weltbank, um die Millenniumsziele im Wasserbereich zu erreichen. Das ist doppelt so viel, wie gegenwärtig von Staaten, Städten und Gemeinden, der Entwicklungszusammenarbeit und privaten Investoren aufgebracht wird. Diese Zahl wurde allerdings vom Vorsitzenden des Water Supply and Sanitation Collaborative Council (WSSCC) im letzten Frühling an der Jahreskonferenz der Kommission für Nachhaltige Entwicklung (CSD) in New York vehement bestritten. Bei Verzicht auf „high-tech“ und „high-cost-projects“, könnten mit 10 Mia Dollar im Jahr Wasser und sanitäre Einrichtungen für alle bereit gestellt werden. Das ist nicht einmal halb so viel, wie Europa und USA pro Jahr für Tierfutter ausgeben.

Dieses Geld wäre ohne Schwierigkeiten aufzubringen. Die Staaten und Entwicklungsorganisationen müssten sich nur an das halten, was sie 1995 am Sozialgipfel in Kopenhagen unterschrieben haben: An die 20:20-Initiative. Diese Initiative besagt, dass die Industrieländer 20 Prozent ihrer Entwicklungshilfe für die sozialen Grundbedürfnisse reservieren. Dazu gehören auch kostengünstige Trinkwasserversorgungen und Sanitäreanlagen. Im Gegenzug haben die Entwicklungsländer 20 Prozent ihres Haushaltes in diesen Bereich zu investieren. Diese zukunftsweisende Lösung, für die sich das UNO-Kinderhilfswerk UNICEF weiterhin einsetzt, wurde weltweit nirgends in die Tat umgesetzt. Das passt in den allgemeinen Trend, dass die internationalen Versprechen, die an UNO-Konferenzen gemacht wurden, kaum eingelöst werden.

Damit sind wir bei den grundlegendsten Verpflichtungen, die im Rahmen der UNO eingegangen wurden: Der Schutz der Menschenrechte. Dazu gehört auch das Recht auf Wasser. Die Staaten haben die Pflicht, dieses Menschenrecht für alle zu verwirklichen. Im November 2002 wurde vom UNO Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte (des ECOSOC) ein allgemeiner Kommentar (15) zum Recht auf Wasser erlassen, der von grosser Bedeutung ist. Er äusserst sich deutlich gegen eine Kommerzialisierung, durch die das Wasser zu einer Handelsware degradiert wird.

An dieser Grundsatzfrage scheiden sich die Geister. Ist Wasser ein öffentliches Gut der Menschheit, wie das Klima oder ist es eine Handelsware, wie Büroklammern oder Papiertaschentücher? Anders gefragt: Wem gehört das Wasser?

Wer ist verantwortlich, dass alle Menschen Zugang zu sauberem Wasser erhalten? Der Staat, die öffentliche Hand oder die Privatwirtschaft?

Warum stellen sich diese Fragen? Weil Wasser in den Sog der Liberalisierung geraten ist. An vorderster Front stehen Weltbank und internationaler Währungsfonds. Sie drängen arme und verschuldete Entwicklungsländer, die Armut mit Liberalisierung und Privatisierung des Service public zu bekämpfen. Dazu gehören neben Bildung, Gesundheitswesen auch die Wasserversorgungen. So musste z.B. Mozambique die Wasserversorgung in der Hauptstadt Moputo verkaufen, damit dem Land Schulden erlassen wurden. Ebenso erging es Kamerun, Tanzania, Kenia und Ghana. Das sind wenige Beispiele. Ausnahmslos kommen dabei multinationale Konzerne zum Handkuss. Leer geht dabei der lokale Privatsektor aus.

Drei Wassermultis aus Frankreich und Deutschland teilen sich die Wasserwelt auf. Städte wie Manila, Karachi, Casablanca, Jakarta, Buenos Aires, Panama, sind unter der Kontrolle von Vivendi, Suez Lyonnaise des Eaux aus Frankreich oder des RWE Konzern aus Essen. Über das Lebensmittel Wasser entsteht ein neuer Kolonialismus. Die Gewinne fliessen ins Ausland. Damit werden den Ländern zusätzlich wichtige Mittel entzogen. Die Multis scheuen sich auch nicht, frühzeitig aus den Verträgen auszusteigen, wenn die Gewinne nicht in gewünschter Höhe anfallen. So vor kurzem z.B. geschehen in Manila.

Das Interesse gilt nur den städtischen Leitungsnetzen, dort wo eine genügende Anzahl zahlungskräftiger Kunden ist. Oft werden die Wasserpreise so stark erhöht, dass sich die ärmeren Bevölkerungsschichten kein Wasser mehr leisten können und wieder auf verschmutztes Flusswasser zurückgreifen. So geschehen in Südafrika, wo als Folge eine Choleraepidemie ausgebrochen ist. Die Menschen auf dem Lande, die ohne Zugang zu Wasser sind, bleiben es weiterhin, ebenso die Menschen in den Slums der Grossstädte. Dem Millenniumsziel, mehr Menschen mit dem Grundbedarf an Wasser zu versorgen, ist man keinen Eimer und keinen Wasserhahn näher gekommen.

Um die Wasserkrise zu überwinden, braucht es einen anderen Lösungsansatz. Er heisst Nachhaltigkeit. „Zukunftsfähig ist nur eine gerechte und faire Verteilung des Wassers zwischen den verschiedenen Nutzergruppen, zwischen verschiedenen Staaten, zwischen Mensch und Natur,“ hielt am Erdgipfel von Rio 1992 die Staatengemeinschaft fest.

Mit anderen Worten: Wasser muss ein öffentliches Gut bleiben, wie die Luft, die wir atmen, denn beides kann durch nichts anderes ersetzt werden. Der griechische Staatsmann und Philosoph Plato sagte schon 400 v.Chr: „Das Wasser ist die nötigste Sache zum Unterhalt des Lebens, und gerade diese ist leicht zu verderben. Daher bedarf es eines schützenden Gesetzes“. Seine Aussage hat an Aktualität nichts eingebüsst. Wasser braucht heute auf globaler Ebene den Schutz des Völkerrechtes. Hier besteht eine grosse Lücke. Das internationale Recht muss für all Menschen auf dieser Welt verbindlich den Grundbedarf an Wasser, den Zugang zu sauberem Trinkwasser und die gerechte Verteilung sicherstellen. Das Klima ist als ein „gemeinsames Gut der Menschheit“ in der Klimakonvention verankert. Genau gleich muss Wasser durch eine völkerrechtliche Konvention, eine Wasserkonvention, geschützt werden.

Die Schweiz, Wasserschloss Europas, hat eine besondere Verpflichtung, wenn es um den umfassenden Schutz des Wassers geht. „Zum Kerngeschäft des modernen Staates gehört, die Bedingungen sicherzustellen, unter denen sich jene elementare Weltordnung einstellen kann, ohne die das Leben auf der Erdkugel akut gefährdet ist“, schreibt der Berner Staatsrechtler Jörg Paul Müller.“

Fazit: Die Schweiz muss sich auf UNO-Ebene für eine Wasser-Konvention einsetzen. Das wäre aktive und kohärente Weltinnenpolitik, wie er in der Bundesverfassung verankert ist: Darin verpflichtet sich die Schweiz „zur Linderung der Armut in der Welt, zur Achtung der Menschenrechte sowie zur Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen beizutragen.“ Wasser als Grundlage allen Lebens braucht eine Ethik des Handelns. Geprägt vom Prinzip Verantwortung, von den Grundsätzen der Vorsorge und der Rücksicht, und vom Gedanken der Gerechtigkeit und der Solidarität. Erst dann ist Wasserpolitik auch Sicherheits- und Friedenspolitik.